

Bedingungsloses Grundeinkommen

als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft

Herausgegeben von Manuel Franzmann

© Velbrück Wissenschaft 2009

Hannah Arendt prophezeite im Jahre 1958 angesichts erster Anzeichen von Automation: »So mag es scheinen, als würde hier durch den technischen Fortschritt nur das verwirklicht, wovon alle Generationen des Menschengeschlechts nur träumten, ohne es jedoch leisten zu können. (...) Die Erfüllung des uralten Traums trifft wie in der Erfüllung von Märchenwünschen auf eine Konstellation, in der der erträumte Segen sich als Fluch auswirkt. Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um derentwillen die Befreiung sich lohnen würde. (...) Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?« (*Vita Activa*, Einleitung)

Ende der 1970er Jahre griff Ralf Dahrendorf angesichts des Phänomens der strukturellen Massenarbeitslosigkeit diese Vorhersage auf. Die in ihr enthaltene Diagnose einer durch den technischen Fortschritt heraufbeschworenen »Krise der Arbeitsgesellschaft« wie auch das als Lösung vorgeschlagene bedingungslose Grundeinkommen rückten erstmals in den Fokus intellektueller und sozialwissenschaftlicher Debatten. Allerdings bildeten sich dagegen, wie es Arendt erwartet hatte, auch mächtige kulturelle Abwehrformationen, welche die tief sitzende Wertbindung an Erwerbsarbeit als Normalmodell ähnlich wie psychodynamische Abwehrmechanismen »trickreich« zu verteidigen suchten.

Die traditionelle Leistungsethik stellt ein zentrales Element der Wertbindung dar, die demokratisch verfasste Industrienationen zusammenhält und für die die protestantische Ethik, wie sie von Max Weber in seiner berühmten Schrift analysiert wurde, historisch ein bedeutsamer Wegbereiter war. Diese auf Gleichheitsvorstellungen beruhende, mittlerweile säkularisierte »Berufsethik« ist bislang ein gemeinsames Band, das auch über den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit hinwegreicht. Es ist der zentrale Legitimationsglaube (M. Weber), der der Verteilung der erwirtschafteten Reichtümer, dem Sozialversicherungssystem, den sonstigen sozialstaatlichen Institutionen, der gesellschaftlichen Anerkennung und anderem mehr zugrunde liegt.

In den 1980er und 1990er Jahren behielt diese Ethik die Oberhand und es gelang der sich um sie herum bildenden kulturellen Abwehrformation, die virulente Infragestellung dieser Ethik zu verdrängen und sie trotz der perennierenden Massenarbeitslosigkeit wie ein Heiligtum

unter Tabu zu stellen – bis zu Schröders »Agenda 2010« und der mit ihr erfolgenden Einführung der sogenannten »aktivierenden Arbeitsmarktpolitik« in Deutschland. Mit dieser politischen Zäsur zeigte sich, dass das fortgesetzte Festhalten an Erwerbsarbeit als Normalmodell einen hohen Preis hatte und zu »Reformen« zwang, welche die Gesellschaft tief spalteten, denn diese Arbeitsmarktpolitik institutionalisierte unter anderem eine Kultur des Misstrauens gegenüber Arbeitslosen. Letztere wurden als Betroffene der Massenarbeitslosigkeit zugleich zu ihren Sündenböcken gemacht und dadurch ruhig gestellt. Die Berechtigung dieser Deutung wird nicht zuletzt dadurch beglaubigt, dass man *vor* der Epoche der Massenarbeitslosigkeit jahrzehntelang *ohne* eine solche Misstrauens- und Kontrollkultur gut auskam und anstelle massenhaften »Sozialmissbrauchs« eher die verbreitete Scham von Arbeitslosen, berechnete Unterstützungsleistungen in Anspruch zu nehmen, das Problem war.

In Reaktion auf die Schröderschen Arbeitsmarktreformen, die viele Menschen erschreckt haben, ist es zu einer Renaissance der Diskussion um das Grundeinkommen und die »Krise der Arbeitsgesellschaft« gekommen, die eine diskursive »Antithese« bildet, in der sich nun nicht allein Intellektuelle und Sozialwissenschaftler sondern zuvörderst engagierte Bürger beteiligen, in einer nie dagewesenen Breite und auch in größer Nähe zur politischen Realisierung. Im Vordergrund stehen unübersehbar Wertfragen, insbesondere die Frage, welchen Stellenwert der Autonomie eingeräumt werden soll. Gegenüber der weitreichenden Autonomie, wie sie durch ein bedingungsloses Grundeinkommen als einer »Demokratisierung der geistesaristokratischen Muße« ermöglicht würde, erheben die Vertreter der »Arbeitsgesellschaft« Einwände, die vor allem ein Autonomiemisstrauen bekunden, sodass sich die Frage stellt, wie viel Autonomie können und wollen wir uns und unseren Mitmenschen zumuten und zutrauen? Haben traditionelle Sprichwörter der »Arbeitsgesellschaft« wie »Müßiggang ist aller Laster Anfang« recht oder kommt darin umgekehrt genau die Borniertheit zum Ausdruck, die Arendt im Auge hatte, wenn sie sagte »diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um derentwillen die Befreiung sich lohnen würde«?

Vor dem Hintergrund dieser Diskursformation und der in ihr aufgeworfenen Fragen versammelt das vorliegende Buch sozialwissenschaftliche Beiträge, die zum größten Teil auf einen Workshop am Sonderforschungsbereich »Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel« der Universität Frankfurt/M. im Jahr 2006 zurückgehen. Im Anschluss an eine Rekapitulation und Neuformulierung der Diagnose einer »Krise der Arbeitsgesellschaft« folgen darauf bezogene zeitdiagnostische Fallrekonstruktionen sowie Beiträge zu Fragen der Realisierung des Grundeinkommensvorschlags.

Manuel Franzmann

Einleitung: Kulturelle Abwehrformationen gegen die

»Krise der Arbeitsgesellschaft« und ihre Lösung

Die Demokratisierung der geistesaristokratischen Muße.

(Auszug)

Mitte der 1970er Jahre entstand in Deutschland – wie in vielen anderen Industrienationen – eine strukturelle Massenarbeitslosigkeit, die in den Folgejahren von Konjunkturerholung zu Konjunkturerholung zunahm. Von Beginn an existierte ein breiter Konsens darüber, dass eine solche, mit der Konjunkturerholung nicht mehr verschwindende Arbeitslosigkeit unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen ein unhaltbarer Zustand sei, den es unbedingt zu überwinden gälte. Dieses einhellige Urteil war nur folgerichtig und unausweichlich, bedeutete diese Arbeitslosigkeit doch, dass eine erhebliche Zahl von Bürgern dauerhaft keine Möglichkeit hatte, das gleichwohl geltende normative Modell einer Beteiligung an der Erwerbsarbeit zu erfüllen, das nicht zuletzt der gesellschaftlichen Verteilung der produzierten Waren und Dienstleistungen und dem Sozialversicherungssystem zugrunde lag – und noch liegt. In dieser Situation gab es analytisch betrachtet nur zwei Möglichkeiten. Entweder es gelang, die Massenarbeitslosigkeit in Übereinstimmung mit geltenden Wertüberzeugungen zum Verschwinden zu bringen. Oder man musste sich mit dem Gedanken befassen, die allgemeine, an jeden Bürger gerichtete Erwartung einer Beteiligung an der marktförmigen Arbeit (mindestens bis zur Besorgung des Lebensunterhalts), also den herkömmlichen leistungsethischen Sittlichkeitsentwurf aufzugeben, der das gesamte Industriezeitalter geprägt hat und in vielerlei Hinsicht, nicht zuletzt wegen der darin verkörperten Gleichheitsvorstellungen, als kulturelle Errungenschaft demokratischer Gemeinwesen erscheint. Eine »friedliche Koexistenz« von struktureller Massenarbeitslosigkeit und traditioneller Leistungsethik war hingegen auf Dauer definitiv ausgeschlossen bzw. aus der Perspektive dieser Ethik unvorstellbar, weil es den hinter dieser Ethik stehenden Gleichheitsvorstellungen fundamental widerspricht, wenn eine erhebliche Zahl von Bürgern aufgrund gesellschaftlicher Umstände auf Dauer keine Möglichkeit hat, dieses verpflichtende normative Modell zu erfüllen.

In den durch das neuartige Krisenphänomen ausgelösten intellektuellen und sozialwissenschaftlichen Diskussionen rückte schnell die Deutung in den Mittelpunkt, dass die strukturellen Gründe der Massenarbeitslosigkeit zu einem wesentlichen Teil im technologischen Fortschritt zu suchen seien, dessen fortwährende Rationalisierungsmöglichkeiten in einem Ausmaß zur Einsparung lebendiger menschlicher Arbeitskraft führten, dass dies nicht mehr im Sinne des von Josef Schumpeter formulierten kapitalistischen Prinzips der »schöpferischen Zerstörung« durch an anderer Stelle neu geschaffene Arbeit kompensiert würde, auch nicht durch die Ausweitung des Dienstleistungssektors, der zunehmend selbst von Rationalisierungen betroffen sei. Man diskutierte insbesondere die Frage, inwieweit Hannah Arendt mit ihrer 1958 formulierten Prophezeiung einer »Krise der Arbeitsgesellschaft« Recht behalten habe:

»Näherliegend und vielleicht ebenso entscheidend ist ein anderes bedrohliches Ereignis des letzten Jahrzehnts, die noch in ihren Anfangsstadien begriffene Ausbreitung der Automation. Wir wissen bereits, ohne es uns doch recht vorstellen zu können, dass die Fabriken sich in wenigen Jahren von Menschen geleert haben werden und dass die Menschheit der uralten Bande, die sie unmittelbar an die Natur ketten, ledig sein wird, der Last der Arbeit und des Jochs der Notwendigkeit. (...) So mag es scheinen, als würde hier durch den technischen Fortschritt nur das verwirklicht, wovon alle Generationen des Menschengeschlechts nur träumten, ohne es jedoch leisten zu können.

Aber dieser Schein trügt. Die Neuzeit hat im siebzehnten Jahrhundert damit begonnen, theoretisch die Arbeit zu verherrlichen, und sie hat zu Beginn unseres Jahrhunderts damit geendet, die Gesellschaft im Ganzen in eine Arbeitsgesellschaft zu verwandeln. Die Erfüllung des uralten Traums trifft wie in der Erfüllung von Märchenwünschen auf eine Konstellation, in der der erträumte Segen sich als Fluch auswirkt. Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um derentwillen die Befreiung sich lohnen würde. Innerhalb dieser Gesellschaft, die egalitär ist, weil dies die der Arbeit angemessene Lebensform ist, gibt es keine Gruppe, keine Aristokratie politischer oder geistiger Art, die eine Wiederholung der Vermögen des Menschen in die Wege leiten könnte. (...) Hiervon ausgenommen sind wirklich nur noch »die Dichter und Denker«, die schon aus diesem Grunde außerhalb der Gesellschaft stehen. Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?« (Arendt 1960: S. 11f.)

Diese Deutung einer durch die technologische, organisatorische und kulturelle Rationalisierungsdynamik heraufbeschworenen »Krise der Arbeitsgesellschaft«, genauer gesagt einer Krise ihres Selbstverständnisses als Gesellschaft der *Erwerbsarbeit*, die man auch durch den Wertewandel bestätigt sah, beherrschte in den 1980er Jahren die durch die strukturelle Massenarbeitslosigkeit ausgelösten intellektuellen und sozialwissenschaftlichen Diskussionen. Ralf Dahrendorf verfasste 1980 in der Kultur- und Intellektuellenzeitschrift Merkur den Beitrag »Im Entschwinden der Arbeitsgesellschaft: Wandlungen in der sozialen Umstruktur des Lebens«, in der er Arendts Prophezeiung sich erfüllen sah (Dahrendorf 1980). Der Österreichische Soziologentag in Graz 1981 und der Deutsche Soziologentag in Bamberg 1982 rückten die dadurch befeuerte zeitdiagnostische Debatte ins Zentrum ihrer Fachdiskussionen (Matthes 1983). Bald griffen einige, etwa unter Bezugnahme auf Erich Fromms Aufsatz »The Psychological Aspects of the Guaranteed Income« (Fromm 1966), die Idee eines garantierten, bedingungslosen Grundeinkommens auf¹ als derjenigen Krisenlösung, die der Diagnose der »Krise der Arbeitsgesellschaft« durch die Entkopplung von Arbeit und Broterwerb umfassend Rechnung zu tragen und an der Wurzel anzusetzen versucht. Die dazu geführte Diskussion, die parteipolitisch vor allem bei der noch jungen Partei DIE GRÜNEN auf Sympathien stieß, schlug sich in Deutschland in der Mitte des Jahrzehnts in einigen Büchern nieder (etwa Schmid 1984; Opielka & Vobruba 1986), worin auch Dahrendorf den Schluss zog, dass nur ein solches Grundeinkommen das entstandene Problem von Grund auf lösen würde (Dahrendorf 1986, ebenso Habermas 1985: S. 157ff.).² Ebenfalls 1986 gründete sich vor dem Hintergrund ähnlicher Diskussionen in anderen europäischen Ländern das »Basic Income European Network« (heute »Basic Income Earth Network«,

¹ Dazu zählen auch Arbeitslose, die sich 1982 in Frankfurt am Main zum ersten Arbeitslosenkongress trafen und einen Diskussionsprozess begannen, aus dem die Forderung nach einem »Existenzgeld« hervorgegangen ist (Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut 1992).

² Vgl. auch für Österreich Büchele & Wohlgenannt 1985.

www.basicincome.org), das seitdem eine institutionelle Heimat der Grundeinkommensdiskussion ist.

In der Folgezeit ebten die Diskussionen allerdings ab und wurde die Diagnose einer »Krise der Arbeitsgesellschaft« von der Allgemeinheit beiseite geschoben. Was war geschehen? Zwar war die strukturelle Massenarbeitslosigkeit in der Zwischenzeit nicht verschwunden, im Gegenteil. Die Arbeitslosenzahlen waren in Deutschland sogar weiter angestiegen und eine substantielle Lösung dringlicher als zuvor. Es konnte im zeitdiagnostischen Diskurs der Wissenschaften in der Zwischenzeit sicherlich auch nicht geklärt werden, dass der technische Fortschritt für die perennierende Massenarbeitslosigkeit nicht verantwortlich ist – auch wenn dies einige mit zweifelhafter Bestimmtheit angesichts konstatierbarer »Erfolge« einiger Industrienationen in der »Bekämpfung« der Massenarbeitslosigkeit und der Schaffung von Beschäftigung behaupteten. Gleichwohl entschloss sich die Allgemeinheit in ihrer Wertbindung an Erwerbsarbeit als Normalmodell, bestärkt durch diese »Beschäftigungserfolge«, sich zweckoptimistisch an Deutungen zu halten, welche entschieden die Machbarkeit eines Abbaus der Massenarbeitslosigkeit versprachen.

Der sich daraus ableitende hemdsärmelige, verbetriebswirtschaftlichte Reformaktivismus, wie er insbesondere in den Schröder-Jahren aufblühte, konnte diese Versprechen einstweilen nur aufrechterhalten, indem er zu einschneidenden Maßnahmen griff, bei denen man sich sagen konnte, dass sie zwar hart seien, aber auf längere Sicht das Problem der Massenarbeitslosigkeit in den Griff bekommen würden. Wie eine »Wiederkehr des Verdrängten« kehrte vor diesem Hintergrund die Debatte zur »Krise der Arbeitsgesellschaft« und zum Grundeinkommensvorschlag zurück, diesmal allerdings weniger als Diskurs von Intellektuellen und akademischer Kreise wie in den 1980er Jahren sondern als Projekt einer gerade durch die »aktivierende Arbeitsmarktpolitik« der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder erschreckten und aufgerüttelten neuen Bürgerbewegung zum Grundeinkommen.

Diese Entwicklung wirft – unter anderem – die Frage auf, was es mit denjenigen alternativen Krisendeutungen auf sich hat, die sich zunächst gegen die Hypothese einer »Krise der Arbeitsgesellschaft« und den Lösungsvorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens durchzusetzen vermochten und auch gegenwärtig noch vorherrschend sind. Es lassen sich grob zwei Arten solcher Krisendeutungen unterscheiden.

- (A) Die erste Gruppe von Krisendeutungen diagnostiziert zwar eine aus der Rationalisierungsdynamik resultierende naturwüchsige Tendenz zum Sinken des Arbeitsvolumens, aber betrachtet eine solche Entwicklung gleichwohl als mit dem Selbstverständnis als »Arbeitsgesellschaft« vereinbar.
- (B) Die zweite Gruppe macht andere Faktoren als den technischen Fortschritt für die strukturelle Massenarbeitslosigkeit verantwortlich, wie etwa die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen, die demographische Entwicklung, einen größeren Bedarf an Teilzeitarbeit, überzogen hohe Tarifabschlüsse der Gewerkschaften, die Globalisierung, und stellt letztlich in Abrede, dass die Rationalisierungsdynamik zu einer Schrumpfung des Arbeitsvolumens tendiere.

Ich werde auf diese beiden Varianten im folgenden anhand von ausgewählten Beispielen näher eingehen und daran die Hypothese entwickeln, das sich in Folge der Diskussion um die Diagnose einer »Krise der Arbeitsgesellschaft« und den Grundeinkommensvorschlag, wie sie in den 1980er Jahren geführt wurde, *kulturelle Abwehrformationen* aufgebaut haben, welche die tiefsitzende, habituelle Wertbindung an Erwerbsarbeit als Normalmodell wie ein Heiligtum verteidigen, wobei Methoden zur Anwendung kommen, die zum Teil psychodynamischen Abwehrmechanismen ähneln. Mit dieser Hypothese soll nicht behauptet werden, dass Krisendeutungen im Sinne der beiden unterschiedenen Arten *per se* Ausdruck einer kulturellen Abwehrformation sind. Das ließe sich allerhöchstens für Deutungen der Sorte (A) vertreten, wie ich später noch begründen werde, aber in keinem Fall für die Vielfalt an Deutungen, die zur Menge (B) gehören und sich auf höchst unterschiedliche, natürlich im Einzelnen zu würdigende empirische Fakten beziehen. Gleichwohl, der Krisendiskurs, in dem diese Deutungen vorgetragen werden, ist in hohem Maße von kulturellen Abwehrformationen geprägt, die sich dieser Deutungen bedienen. Allein diesen Umstand möchte ich im Folgenden aufzeigen und analysieren. Da zur Analyse solcher Abwehrformationen das Abgewehrte mit zu thematisieren ist, versuche ich in der Betrachtung jeweils nicht angemessen gewürdigte oder verdrängte Argumente zur Geltung zu bringen, die sich für die Diagnose einer »Krise der Arbeitsgesellschaft« und den Lösungsvorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens anführen lassen. Auf diese Weise ist der Text zugleich eine Einführung in einige zentrale Argumente dieser Diskussion.

Unter den ausgewählten Fällen dominieren Vertreter des wirtschaftswissenschaftlichen Diskurses in der Öffentlichkeit. Dies ist der Wahrnehmung geschuldet, dass die gegen die »Krise der Arbeitsgesellschaft« und den Grundeinkommensvorschlag gerichteten Abwehrformationen besonders auf wirtschaftswissenschaftliche Analysen rekurrieren, was wohl zum Teil mit der »Verbetriebswirtschaftlichung« (Oevermann) des Denkens zusammenhängt, wie sie sich seit der Wiedervereinigung 1990 Bahn gebrochen hat. Die Abwehrmechanismen versuchen sich deren wissenschaftliche Autorität zunutze zu machen; ja Segmente des wissenschaftlichen Diskurses werden regelrecht Teil von diesen. Solche wertgebundenen Abwehrformationen sind im wissenschaftlichen Diskurs besonders aufschlussreich, da dieser eigentlich unter dem Gebot der Werturteilsfreiheit steht und seine analytischen Argumentationen empirisch zu belegen hat.